



## Friedrich Haag

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg  
Mitglied der FDP/DVP-Fraktion

Friedrich Haag MdL · Konrad-Adenauer-Str. 3 · 70173 Stuttgart

### PRESSEMITTEILUNG mit Anlagen (Drs. 17/4609)

Stuttgart, 17. Mai.2023

Friedrich Haag MdL  
Mitglied der FDP/DVP-Fraktion  
Wohnungsbaupolitischer Sprecher  
der FDP/DVP-Fraktion  
Sprecher für individuelle Mobilität

friedrich.haag@fdp.landtag-bw.de  
www.fdp-dvp-fraktion.de  
www.friedrich-haag.de

facebook.com/haagfdp  
instagram.com/haagfdp

Landtagsbüro  
Haus der Abgeordneten  
Konrad-Adenauer-Straße 3  
*Besuchereingang:*  
*Stauffenbergstraße 1*  
70173 Stuttgart  
T: 0711 2063 9240

Wahlkreisbüro  
Weißenburgstr. 29  
70180 Stuttgart  
T: 0711 9459 1111

Zu der aktuellen parlamentarischen Anfrage von Stuttgarter FDP-Landtagsabgeordneten und Sprechers für individuelle Mobilität **Friedrich Haag** und den Antworten des baden-württembergischen Verkehrsministeriums zur **Entwicklung des Individualverkehrs und der Umweltzone in Stuttgart** sagte Friedrich Haag (17.05.23):

„Aus der aktuellen Antwort des Verkehrsministeriums wird für mich noch einmal deutlich, wie groß die Lücke beim Ausbau der Ladeinfrastruktur tatsächlich ist. Auch zeigt sich, dass die Förderprogramme ‚Charge@BW‘ sowie der ‚BW-Solargutschein‘ mit Blick auf die Zulassungszahlen so gut wie keinen Effekt beim Ausbau der E-Mobilität zeigen.

Auch in Stuttgart scheint die Erreichung des formulierten Ziels bis 2030 scheinbar unmöglich. Es stellt sich die Frage: Wie will Stuttgart bis 2035 Klimaneutralität erreichen, wenn auf Landesebene für die E-Mobilität ineffizient Geld zum Fenster herausgeschmissen wird?

Die Landesregierung fährt bei der Umsetzung ihrer geplanten Mobilitätswende einen ähnlichen Kurs wie bei den erneuerbaren Energien und der heißt: Schnecken tempo. Dass gerade mal 1,5 Prozent (BW) / 2,8 Prozent der Autos (in Stuttgart) mit Elektroantrieb fahren, deckt auf, wie sinn- und vor allem wirkungslos die insgesamt 33 Millionen Euro (Stuttgart: 1,8 Millionen) Steuergeld für E-Auto-Förderprogramme zum Fenster rausgeschmissen wurden.“

Aktuell sind in ganz Baden-Württemberg sieben Prozent der bis 2030 angepeilten 200.000 öffentlichen Ladepunkte errichtet, in Stuttgart sind es 14 Prozent. „Wenn die Landesregierung so weitermacht, haben wir bis 2030 im Land gerade mal knapp 17 Prozent, in der Landeshauptstadt knapp 34 Prozent der Zielmarke erreicht. Das halte ich für einen Witz. Stattdessen sollte sich Verkehrsminister Hermann lieber darum kümmern, dass wir den Bestand von fast 90% Benzin- und Diesel-Pkws in der Landeshauptstadt mit synthetischen Kraftstoffen klimaneutral machen. Damit würde er tatsächlich etwas Sinnvolles für den klimaneutralen

Verkehr tun, statt ohne Effekt E-Autos zu fördern, koste es was es wolle," so Haag weiter.

Außerdem zeige die Antwort, dass die **Fahrverbote in Stuttgart** jeglicher Grundlage entbehren. Friedrich Haag dazu:

„Aus der Antwort des Verkehrsministeriums geht hervor, dass die Flotten der Euro 1- bis Euro 5-Diesel deutlich rückläufig sind. Seit 2020 wurde zudem der Jahresmittelwert an den Messstellen drei Jahre in Folge (Neckartor und Hohenheimer Str.) bzw. zwei Jahre in Folge (Pragstraße und Talstraße) kontinuierlich unterschritten. Ich sehe daher keine Grundlage für Fahrverbote in Stuttgart mehr.

Warum der Verkehrsminister künftig einen Anstieg der NO<sub>2</sub>-Konzentration erwartet, ist mir ein Rätsel. Die Zahlen, die er selbst anführt, zeigen einen eindeutigen Rückgang bis hin zur Halbierung bei den Euro 1- bis Euro 5-Dieselfahrzeugen. Der Grenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter wird an allen Messstationen seit zwei, teilweise seit drei Jahren kontinuierlich unterschritten und ist Ende 2022 im Vergleich zur ersten Jahreshälfte sogar noch weiter gesunken. Wie viele Jahre will Winfried Hermann noch abwarten, bis er die Fahrverbote endlich aufhebt?

Generell halte ich, vor allem bei der individuellen Mobilität, nichts von Verboten. Wenn man wie der Verkehrsminister schon auf Teufel komm raus Verbote für Autofahrer durchsetzen will, sollte man zumindest auch so fair sein, diese wieder aufzuheben, wenn die Regeln mehr als eingehalten werden.“